

der Regierungspräsident und die Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz.

Im Auslegungsverfahren eingebrachte Bedenken und Anregungen, die sich auf den Landschaftsplan beziehen, hat die Gemeinde vor ihrer Entscheidung über sie (§ 2 a Abs. 6 Satz 4 BBauG) mit der Arbeitsgruppe, gegebenenfalls auch mit den zuständigen Fachverwaltungen, zu erörtern.

5. Die Ämter für Landwirtschaft und Landentwicklung übersenden dem Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung, dem Regierungspräsidenten und der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz jährlich zum 1. September einen Erfahrungsbericht über die Tätigkeit der Arbeitsgruppen.

6. Aufgabe der Arbeitsgruppen ist es nicht, Landschaftspläne auszuarbeiten. Die Tätigkeit der Arbeitsgruppen erfolgt gebührenfrei.

7. Die Runderlasse vom 16. Mai 1974 (StAnz. S. 1087), vom 17. Dezember 1974 (StAnz. 1975 S. 105) und vom 19. Juni 1975 (StAnz. S. 1254) werden aufgehoben.

Wiesbaden, 24. 10. 1979

**Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt
Landwirtschaft und Forsten**
II C 1 — LK. 67.2 — 4019/79
StAnz. 46/1979 S. 2159

1275

Verzicht auf die Approbation als Tierarzt

Die Regierung von Oberbayern, 8000 München 22, Maximilianstr. 39, teilt mit Schreiben vom 12. September 1979 — 200-5313 W 1/78 — folgendes mit:

1277

KASSEL

BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR FORSTEN UND NATURSCHUTZ

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Jägers Weinberg“ vom 23. Oktober 1979

Auf Grund des § 13 Abs. 2 und des § 15 Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), in Verbindung mit § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), sowie der §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Jan. 1978 (GVBl. I S. 106); wird mit Zustimmung der Obersten Naturschutzbehörde verordnet:

§ 1

Das in § 3 näher bezeichnete Gebiet wird mit dem Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung in das Landesnaturschutzbuch eingetragen und damit dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

§ 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es, das Flachmoor in seiner besonderen Bedeutung für zahlreiche seltene Pflanzen zu erhalten und vor schädigenden Veränderungen zu schützen.

§ 3

(1) Das Naturschutzgebiet „Jägers Weinberg“ liegt im Forstort „Der alte Hegen“, Gemarkung Usseln, Landkreis Waldeck-Frankenberg. Seine Größe beträgt 22,28 ha.

(2) Die Grenze des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Bestandteil zu dieser Verordnung gehörenden Karte im Maßstab 1 : 5000 (Anlage 1) und einer Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000. Es umfaßt folgende Flächen: Gemarkung Usseln, Flur 6 II, Flurstück 75/1, 75 und 77, sowie Teilflächen der Flurstücke 66/1 und 88/1, soweit sie sich in der Forst- abteilung 31 befinden; Gemarkung Usseln, Flur 6 III, jeweils Teilflächen der Flurstücke 103 und 149/105, soweit sie sich in der Forst- abteilung 31 befinden.

(3) Diese Verordnung und die in Abs. 2 genannten Karten sind bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Kassel — Höhere Naturschutzbehörde — hinterlegt. Weitere Ausfertigungen dieser Unterlagen befinden sich beim Hessischen Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten — Oberste Naturschutzbehörde —

„Mit Schreiben vom 2. September 1979 gab Herr Dr. Michael Weichselsdorfer, 8000 München 40, Schellingstr. 137/II, seine Approbation vom 13. März 1933 als Tierarzt freiwillig zurück. Diese Rückgabe bedeutet einen Verzicht auf die Approbation gemäß § 10 Bundestierärzteordnung vom 17. Mai 1965 i. d. F. der Bekanntmachung vom 22. August 1977 (BGBl. S. 1601). Herr Dr. Weichselsdorfer ist somit nicht mehr berechtigt, den tierärztlichen Beruf auszuüben.“

Wiesbaden, 24. 10. 1979

**Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten**
IV A 1 — 19 a 20/09 — 1836/79
StAnz. 46/1979 S. 2160

1276

Waldarbeiter des Landes;

hier: Versicherungsfreiheit geringfügiger Beschäftigten in der Kranken- und Rentenversicherung

Bezug: Erlaß vom 21. August 1974 (StAnz. S. 1776)

Der Bezugs-erlaß ist durch meinen Grundsatz-erlaß Nr. 5/79 vom 28. Februar 1979 — III A 3 — 7186 — B 81 — (n. v.) außer Kraft getreten.

Wiesbaden, 24. 9. 1979

**Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten**
III A 3 — 7186 — B 81
StAnz. 46/1979 S. 2160

in Wiesbaden, beim Kreis- ausschuß des Landkreises Waldeck-Frankenberg — Untere Naturschutz- behörde — in Korbach und bei der Hessischen Landes- anstalt für Umwelt in Wies- baden. Sie können bei den genannten Stellen während der Dienst- stunden, eingesehen werden.

(4) Das Naturschutz- gebiet wird durch amtliche Hin- weisschilder gekennzeichnet; die Flächen, für die nach § 4 Abs. 2 Nr. 16 und nach § 5 Nr. 1 besondere Vor- schriften gelten, werden in der Natur durch grüne Pfähle abgegrenzt.

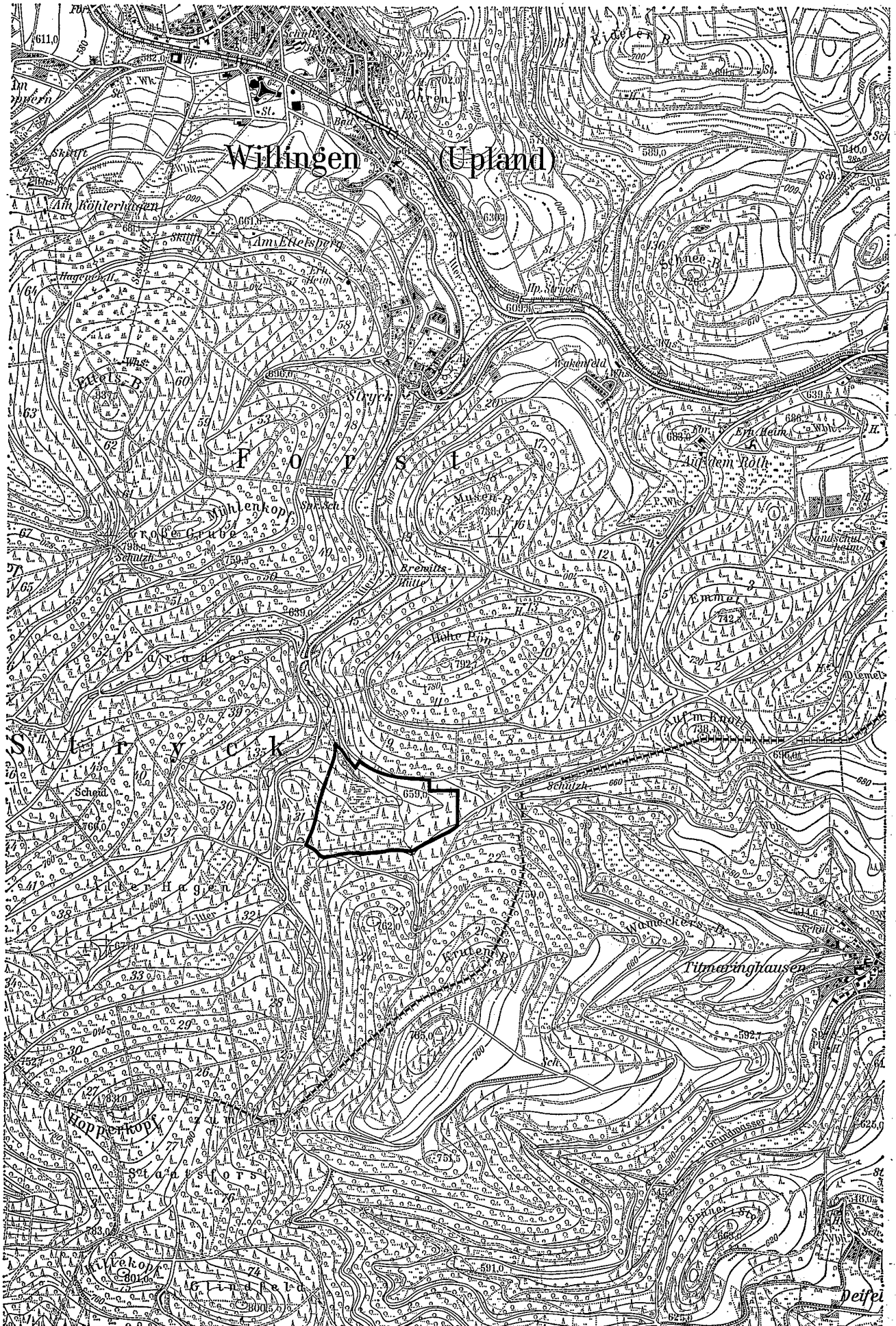
§ 4

(1) Es ist grundsätz- lich verboten, in dem Naturschutz- gebiet Veränderungen vorzuneh- men (§ 16 Abs. 2 Reichsnaturschutz- gesetz).

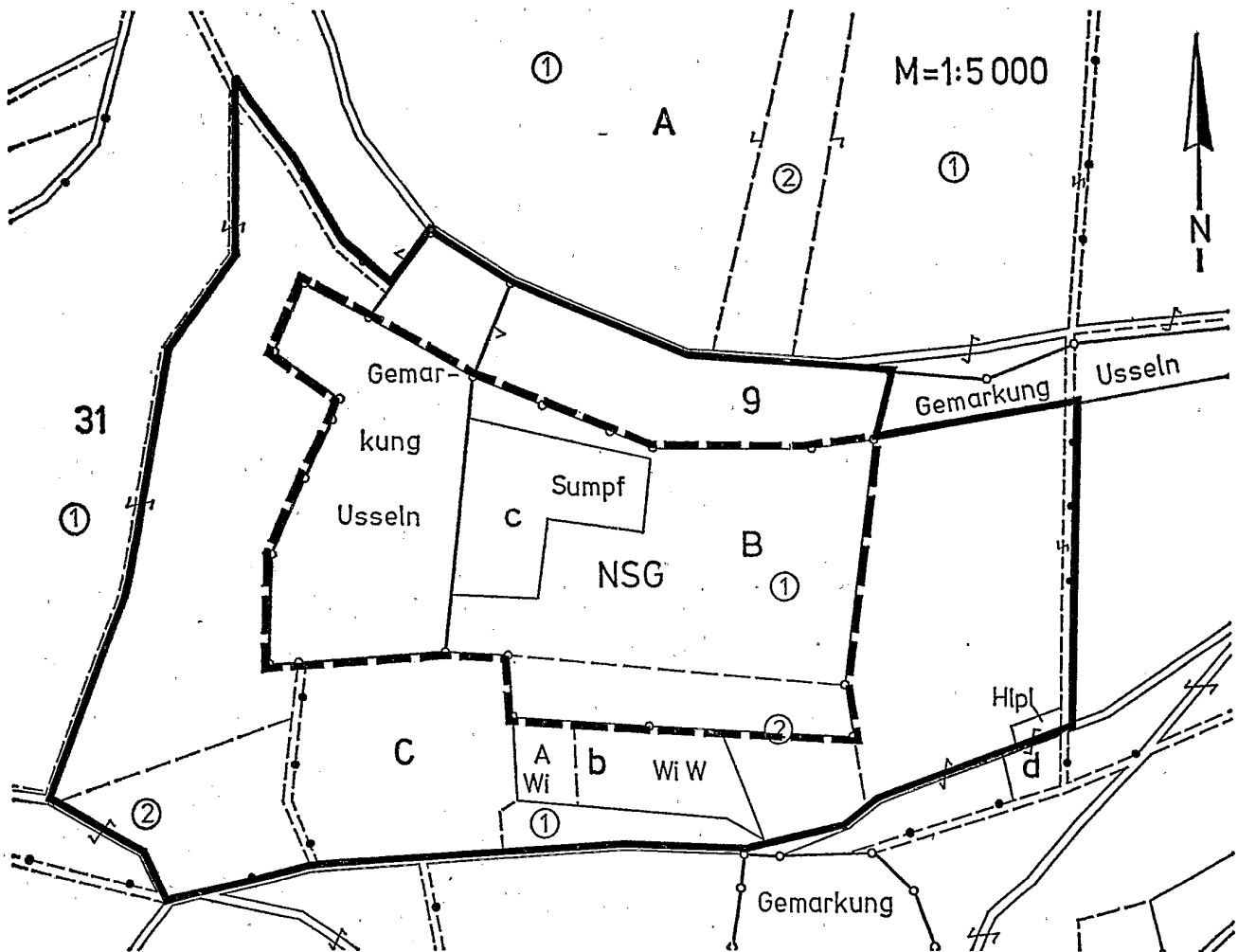
(2) Ferner sind in dem Naturschutz- gebiet folgende dem Schutz und der Erhaltung zuwiderlaufende Handlungen (§ 15 Abs. 1 Satz 2 Reichsnaturschutz- gesetz) verboten, auch wenn sie nicht zu Veränderungen im Sinne des Abs. 1 führen:

1. Pflanzen, einschließlich der Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;
2. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- und Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
3. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
4. das Gelände außerhalb der Wege zu betreten;
5. zu fahren, zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten;
6. Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;
7. eine gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit auszuüben;
8. Bodenbestandteile zu entnehmen, Aufschüttungen, Abgrabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen;
9. Gewässer im Sinne des § 1 Abs. 1 des Hess. Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 379), zu beeinträchtigen oder Maßnahmen zur Entwässerung durchzuführen;

Karte (TK 1 : 25 000, Bl. Nr. 4117) zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Jägers Weinberg“
— Verv. Nr. 79 — 401 —



Anlage 1



10. feste oder flüssige Abfälle einzubringen, Fahrzeugwracks abzustellen oder das Gelände sonst zu verunreinigen;
11. Fahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
12. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 der Hessischen Bauordnung zu errichten, zu erweitern oder zu verändern, auch wenn dies keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedarf;
13. Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen zu errichten, zu erweitern oder zu verändern;
14. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
15. Hunde frei laufen zu lassen;
16. auf der in Anlage 1 von einer unterbrochenen Linie umschlossenen Fläche zu düngen oder Biozide anzuwenden.

§ 5

Ausgenommen von den Verboten des § 4 bleiben:

1. die land- und forstwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art, nicht jedoch auf der in der Anlage 1 von einer unterbrochenen Linie umschlossenen Fläche;
2. die Ausübung der Jagd;
3. die von der Höheren Naturschutzbehörde angeordneten Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Gestaltung.

§ 6

- (1) In begründeten Einzelfällen, insbesondere zur Durchführung von Forschungsarbeiten, kann die Oberste Naturschutzbehörde nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt weitere Ausnahmen von den Vorschriften des § 4 zulassen.
- (2) Die Ausnahmegenehmigung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.
- (3) Die Ausnahmegenehmigung ist, soweit kein vorrangiges öffentliches Interesse vorliegt, zu versagen, wenn trotz Be-

dingungen oder Auflagen eine Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes zu befürchten ist.

(4) Die Ausnahmegenehmigung ersetzt nicht nach anderen Vorschriften erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen u. ä.

§ 7

(1) Eigentümer und jeder, dem ein Recht an einem Grundstück zusteht, müssen die notwendigen Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen für das Naturschutzgebiet nach den Anordnungen der Höheren Naturschutzbehörde dulden (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben der Höheren Naturschutzbehörde die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden und Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes).

§ 8

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Buchst. b des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig in einem Naturschutzgebiet verbotene Veränderungen im Sinne des § 4 Abs. 1 vornimmt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 3 Buchst. a des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig, ohne daß dies nach § 5 zulässig ist,

1. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 4 Abs. 2 Nr. 1);
2. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 4 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu ihrem Fang anbringt;
3. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 4 Abs. 2 Nr. 3);
4. das Gelände außerhalb der Wege betritt (§ 4 Abs. 2 Nr. 4);
5. fährt, reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmert oder Feuer anzündet oder unterhält (§ 4 Abs. 2 Nr. 5);
6. Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 4 Abs. 2 Nr. 6);
7. eine gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit ausübt (§ 4 Abs. 2 Nr. 7);

8. Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder die Bodengestalt in der in § 4 Abs. 2 Nr. 8 bezeichneten Art beeinflusst;
9. Gewässer beeinträchtigt oder Maßnahmen zur Entwässerung durchführt (§ 4 Abs. 2 Nr. 9);
10. Abfälle einbringt, Fahrzeugwracks abstellt oder das Gelände sonst verunreinigt (§ 4 Abs. 2 Nr. 10);
11. Fahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 4 Abs. 2 Nr. 11);
12. bauliche Anlagen entgegen § 4 Abs. 2 Nr. 12 errichtet, erweitert oder verändert;
13. Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen errichtet, erweitert oder verändert (§ 4 Abs. 2 Nr. 13);
14. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 4 Abs. 2 Nr. 14);
15. Hunde frei laufen läßt (§ 4 Abs. 2 Nr. 15);
16. auf der in Anlage 1 von einer unterbrochenen Linie umschlossenen Fläche düngt oder Biozide anwendet (§ 4 Abs. 2 Nr. 16).

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 Nr. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer

vorsätzlich oder fahrlässig der Meldepflicht nach § 7 Abs. 2 nicht nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Untere Naturschutzbehörde (§ 21 Abs. 4 Reichsnaturschutzgesetz).

§ 9

Gegenstände, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bezieht, können eingezogen werden (§ 22 Reichsnaturschutzgesetz).

§ 10

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 23. 10. 1979

**Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz
— Höhere Naturschutzbehörde —
gez. Geibel i. V.**

StAnz. 46/1979 S. 2160

1278

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Hessische Bereitschaftspolizei

ernannt:

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL) Hans Werner Engelhardt, Jürgen Raßmann (beide 1. 10. 1979);

zu **Polizeikommissaren** die Polizeihauptmeister (BaL) Heinz Gerd Davin, Georg Rolf Huhn, Joachim Kerstan, Johann Georg Maul, Fritz Ernst Spruck (sämtlich 28. 6. 1979), Karl Heinz Koch (1. 8. 1979), die **Polizeiobermeister** (BaL) Manfred Becker, Peter Günther, Kurt Hermann Herpel, Helmut Hühner, Klaus Körner, Norbert Willi Ludwig Lesch, Werner Sigbert Steffens (sämtlich 28. 6. 1979), Harl Heinz Schameil (28. 8. 1979), **Polizeiobermeister** (BaP) Karl-Richard Bracht (28. 6. 1979);

zu **Polizeihauptmeistern** die **Polizeiobermeister** (BaL) Manfred Baus, Günther Hammann, Heinz-Dieter Istel (sämtlich 3. 10. 1979), Peter Klemm, Wolfgang Georg Rosenkranz, Werner August Sippel, Karlheinz Uhrig (sämtlich 4. 10. 1979), Hans-Jürgen Hering (5. 10. 1979);

zum **Polizeiobermeister** Polizeimeister (BaL) Eckbert Horst Runknagel (15. 10. 1979);

zu **Polizeimeistern** die **Polizeihauptwachmeister** (BaL) Bernd Helm (5. 6. 1979), Helmut Heilos, Friedel Lange, Jürgen Martin (sämtlich 8. 6. 1979), die **Polizeihauptwachmeister** (BaP) Harry Bormann, Heinz Kurt Fleck, Axel Hartmann, Hans-Jürgen Krug (sämtlich 6. 6. 1979), Bernd Buck, Heinrich Dickhaut, Gregor Dietz, Klaus Erich Dony, Jörg Ehlig, Bernd Eisel, Dieter Freitag, Gottfried Göritz, Ingo Haag, Günter Willi Helling, Matthias Hundertmark, Jürgen Kreis, Wolf-Dieter Kreppel, Philipp Kriegbaum, Rainer Reimund Harald Kolden, Uwe Lorenz, Klaus Wilhelm Metzger, Gisbert Michel, Manfred Heinz Müller, Dirk Scherp, Hans Schimo, Jörg Horst Albert Schumacher, Rainer Schwab, Hartmut Otto Siebert, Kurt Willy Siehl, Dieter Ullrich, Werner Velten, Heinrich Wenchel, Jürgen Ernst Wilke, Thomas Winkelmann, Frank Zimmer (sämtlich 7. 6. 1979), Uwe Bergheimer, Klaus Brendle, Lorenz Siegfried Büdel, Heinz Jürgen Willi Claus, Burkhard Görzel, Helmut Ernst Herbert Hamann, Robert Herbener, Winand Werner Koch, Andreas Kretschmer, Thomas Kuhn, Hans Meilinger, Aloysius Mengel, Jürgen Müller, Jürgen Poliak, Gerd Proll, Roland Reinheimer, Dieter Röbig, Karl-Heinz Hans Romeis, Hans Hermann Sauer, Jürgen Schäfer, Walter Schmitt, Wolfgang Schönecker, Christoph Stahl, Wolfgang Trauthig, Jürgen Wolf (sämtlich 8. 6. 1979), Reiner Josef Bandur, Ehrfried Höfler, Bernd Kropp, Werner Lerch, Rainer Rech (sämtlich 9. 6. 1979), Armin Hofmann (10. 6. 1979), Ulrich Bender, Siegfried Döring, Axel Höhmann, Joachim Müller, Volker Schmitt (sämtlich 11. 6. 1979), Matthias Schlag, Lothar Silberling, Peter Wiesenbach (sämtlich 12. 6. 1979), Martin Karl Günther (13. 6. 1979), Peter Johannes Tilger (14. 6. 1979), Werner Josef Moppey (17. 6. 1979), Heinz Malkus, Jörg Waldschmidt (beide 25. 6.

1979), Bruno Bröckl, Volker Damm, Erhard Wagner (sämtlich 28. 6. 1979), Ralf Volker Fuhrmann, Eckhard Immel (beide 29. 6. 1979), Peter Herrmann, Günther Wittich (beide 3. 7. 1979), Klaus Jürgen Morschhäuser (4. 7. 1979), Walter Karl Döring (5. 7. 1979), Ewald GÜth (10. 7. 1979), Michael Burghardt, Claus-Dieter Sitter (beide 26. 7. 1979), Dietmar Kurt Dauer (27. 7. 1979), Thomas Braun, Reinhold Konrad Matzek, Volker Schmidt, Jürgen Schrauth (sämtlich 1. 8. 1979), Rudolf Müller (6. 8. 1979), Thomas Wiegand (29. 8. 1979), Uwe Fricke (30. 8. 1979), Erich Dieter Salmen (1. 9. 1979), Peter Hirschmann (19. 9. 1979), Karl Amon, Gerhard Bast, Ronald Brand, Bernd Gerhard Gies, Karl Georg Glaßner, Gerold Günther, Alfred Hau, Karl-Heinz Hofmann, Klaus Peter Hofmann, Bernd Reinhold Kappius, Peter Krause, Joachim Liepelt, Meinulf Müller, Kurt Erwin Naumann, Hans Josef Pink, Eckhard Pisch, Peter Plazcek, Wolfgang Paul Reiffer, Hermann Jürgen Hildrun Reiner, Uwe Rettich, Herbert Rühlmann, Richard Schade, Manfred Silvester Schaub, Reiner Sauerland, Günter Schlemme, Dietmar Lothar Schmidt, Reimund Norbert Schmitt, Volker Schütz, Gerhard Schupp, Klaus-Dieter Strittmatter, Ralf-Peter Ulrich, Günter Volp, Rolf Wagner, Bernd Weitzel, Hans-Jörg Zimmermann (sämtlich 1. 10. 1979), Michael Diekel, Josef Wilhelm Diehl, Horst Ludwig Rudolf Kalter, Michael Rauhut, Uwe Reuter, Michael Werner Stuhlmann (sämtlich 2. 10. 1979), Rainer Hensler, Bernhard Otto Tiedtke (beide 3. 10. 1979), Aribert Egon Beiner (5. 10. 1979), Stefan Junk (8. 10. 1979), Holger Egon Koppel (12. 10. 1979);

zu **Polizeihauptwachmeistern** die **Polizeioberwachmeister** (BaP) Wolfgang Hohmann, Frank Rudolf Loder, Werner Rudolf Müllen, Ralf Schaubberger (sämtlich 26. 6. 1979), Hans-Jürgen Bach, Dieter Boßmann, Uwe Alfred Knierim, Bruno Seibel, Norbert Steinbrecher (sämtlich 28. 6. 1979), Matthias Ahäuser, Andreas Hermann Breitenbach, Ulrich Brill, Uwe Klaus-Dieter Bornschein, Peter Klaus-Georg Corvers, Jürgen Damm, Norbert Helmut Denke, Stefan Dey, Dieter Diehl, Volker Dietz, Claus Dixius, Friedhelm Ebenig, Horst Freise, Michael Friedrich, Alexander Gerke, Joachim Heuser, Ernst-Günther Hofmeyer, Peter Hohmeister, Bernhard Karl Jahnel, Heinz-Joachim Kasper, Dieter Kaufhold, Rainer Klehm, Herbert Knapp, Bernd Gustav-Adolf Magel, Rolf Maus, Michael Mohr, Michael Müller, Thomas Noll, Hans-Peter Nungeß, Volker Pieper, Jens Pletz, Harald Kurt Raab, Michael Ratazzi, Uwe Claus Roth, Edwin Paul Ruschel, Roland Hans-Jürgen Schächer, Bernd Schermuly, Michael Schiller, Tobias Schmehl, Rainer Schmidt, Bernhard Schönhöffer, Horst Schütze, Jürgen Schwenk, Dieter Trümpert, Thomas Völp, Rainer Weber, Heinz Walter Weil, Thomas Weiland (sämtlich 29. 6. 1979), Uwe Mangold (30. 6. 1979), Uwe Lang (4. 7. 1979), Werner Schultheis (16. 7. 1979), Christian Martin (23. 7. 1979), Peter Boguff (26. 7. 1979), Georg Wilhelm Ludwig Alberding, Roger Uwe Deisel, Stephan August Henkel, Thomas Linker, Holger Peter Weller (sämtlich 27. 7. 1979), Bernd Kesten (30. 7. 1979), Thomas Busch, Harald Adolf Herwig, Walter Hofmann (sämtlich

- 12. Wiesen, Weiden oder Brachflächen umbricht, deren Nutzung ändert oder Dränmaßnahmen durchführt (§ 3 Nr. 12);
- 13. düngt, Pflanzenschutzmittel anwendet, Stallmist lagert oder Freigärhaufen anlegt (§ 3 Nr. 13);
- 14. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 14);
- 15. gewerbliche Tätigkeiten ausübt (§ 3 Nr. 15).

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 11. Mai 1989

Regierungspräsidium Kassel
gez. Dr. Wilke
Regierungspräsident
StAnz. 23/1989 S. 1245

556

Verordnung zur Änderung von Zuständigkeiten in Verordnungen über Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete im Regierungsbezirk Kassel vom 12. Mai 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. März 1988 (GVBl. I S. 130), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (GVBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Art. 1

(1) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete:

- „Kesselrain“ vom 25. September 1968 (StAnz. S. 1608),
- „Stallberg“ und „Morsberg“ vom 22. Mai 1973 (StAnz. S. 1219),
- „Oberbernhardser Höhe“ vom 13. Juni 1977 (StAnz. S. 1489),
- „Thorengrund“ vom 5. Oktober 1973 (StAnz. S. 2162),
- „Warmberg-Osterberg“ vom 20. April 1976 (StAnz. S. 954),
- „Kelzer Teiche“ vom 14. April 1977 (StAnz. S. 1082),
- „Dörnberg“ vom 24. November 1978 (StAnz. S. 2553),
- „Wieragrund“ vom 11. Oktober 1978 (StAnz. S. 2172),
- „Auf dem Arensberg“ vom 5. Oktober 1973 (StAnz. S. 2164),
- „Katzenstein“ vom 2. Mai 1974 (StAnz. S. 1068),
- „Kleiner Mehlberg“ vom 2. Mai 1974 (StAnz. S. 1069),
- „Stausee von Affoldern“ vom 16. September 1975 (StAnz. S. 1945),
- „Vorsperre-Twisteltalsperre“ vom 26. Mai 1976 (StAnz. S. 1213),
- „Ederauen zwischen Bergheim und Wega“ und „Unter der Haardt“ vom 5. Mai 1977 (StAnz. S. 1202),
- „Hünseburg“ vom 29. August 1977 (StAnz. S. 1862),
- „Rudolfshagen“ vom 7. August 1978 (StAnz. S. 1760),
- „Jestädter Weinberg“ vom 3. Oktober 1978 (StAnz. S. 2170);

erhält § 5 folgende Fassung:

„§ 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(2) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete:

- „Himmelsberg“ vom 7. Juli 1980 (StAnz. S. 1338),
- „Moor bei Wehrda“ vom 19. September 1980 (StAnz. S. 1876),
- „Holzapetal“ vom 19. September 1980 (StAnz. S. 1874),
- „Sonderrain“ vom 9. April 1979 (StAnz. S. 1001),
- „Jägers Weinberg“ vom 23. Oktober 1979 (StAnz. S. 2160),
- „Paradies bei Gellershausen“ vom 8. Juli 1980 (StAnz. S. 1340),
- „Freudenthal bei Witzenhausen“ vom 19. September 1980 (StAnz. S. 1871),
- „Hirzstein“ vom 9. April 1979 (StAnz. S. 1003),

erhält § 6 folgende Fassung:

„§ 6

Von den Verboten des § 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

Art. 2

Soweit in Verordnungen auf Grund der §§ 16 und 18 des Hessischen Naturschutzgesetzes oder der § 13 Abs. 2, § 15 Abs. 1, § 5 und § 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), und des § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), eine Beteiligung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt vorgesehen ist, werden die entsprechenden Vorschriften aufgehoben.

Art. 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 12. Mai 1989

Regierungspräsidium Kassel
gez. Dr. Wilke
Regierungspräsident
StAnz. 23/1989 S. 1247

BUCHBESPRECHUNGEN

Deutsches Sporthandbuch. Organisation-Recht-Verwaltung. Von Willi Klein. 2. Aufl., Loseblattwerk, 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40. und 41. Erg.Liefg., Gesamtwerk 159,— DM. Deutscher Fachschriften-Verlag, Braun GmbH & Co. KG, 6200 Wiesbaden. ISBN 3-807-84000-1

Das Deutsche Sporthandbuch informiert alle diejenigen, die in Verbänden, Vereinen und in der öffentlichen Sportverwaltung tätig sind, über wesentliche Bereiche der Sportverwaltung, der Organisation der Verbände und Vereine, das Vereinsrecht, den Sportstättenbau, über Lehrerausbildung und Schulsport und viele andere wichtige Fragen.

Die 34. Ergänzungslieferung enthält neben anderen Informationen ausführliche Bestands- und Entwicklungsübersichten des Deutschen Sportbundes und das Zweite Aktionsprogramm für den Schulsport.

Im 35. und 36. Nachtrag sind eine Vielzahl einzelner Informationen enthalten. Sportpolitisch besonders wichtig sind die „Umweltpolitischen Grundsätze des Deutschen Sportbundes“ und die „Grundsätze für die Kooperation zur Förderung des Leistungssports“. Die aktuelle Satzung des NOK, die Sportabzeichenstatistik 1985 und die Resolution „Sportjugendoffensive in die Zukunft“ komplettieren diese Lieferung. Außerdem ist eine ausführliche Abhandlung über die Besteuerung der Sportvereine nützlich.

Die 37. Ergänzungslieferung enthält ausführliches Namens- und Adresmaterial zum IOC, zu den internationalen Sportfachverbänden und den Dachorganisationen, ebenso zu den Untergliederungen des DSB. Weiterhin sind Satzungen verschiedener Sportbünde und ausführliches Adressenmaterial einiger Spitzenfachverbände, der Kommunalen Spitzenverbände und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter zusammengefaßt.

Die 38. und 39. Ergänzungslieferungen enthalten u. a. Adressenmaterial aus dem DSB und der Sportverwaltung sowie der GEMA.

Wichtig für die Praxis sind die Regelungen für Sonderurlaub in den Bundesländern, die Bestimmungen für Projektförderung im Rahmen des Bundesjünglingsplanes und für Sportbegegnungen mit der DDR.

Vielfältiges statistisches Material, z. B. über Sportlererhebungen, Europapokalergebnisse im Fußball, die offiziellen Welt- und Europarekorde der Leichtathletik, komplettieren die umfangreichen Informationen.

Die Lieferungen 40 und 41 enthalten die ausführlichen Ergebnisse der Olympischen Spiele in Calgary und Seoul, die aktualisierte Satzung sowie die Aufnahmebedingungen des DSB, die überarbeiteten Abnahmebedingungen für das Deutsche Sportabzeichen sowie — neben weiteren Einzelinformationen — die Satzungen der Landessportbünde Niedersachsen und Rheinland-Pfalz und der Stiftung Deutsche Sporthilfe.

Regierungsdirektor Dr. Franz-Josef Kemper

Handbuch der Zivilverteidigung. Zivilschutz — Katastrophenschutz — Zivilverteidigung. Von Rudolf Handwerk, Min.Rat im Hess. Innenministerium, unter Mitarbeit hervorragender Fachkennner. 2. Aufl., Loseblattsammlung, DIN A5, 52. Nachtragsliefg.; Gesamtwerk, 6 Ordn., 189,— DM. Deutscher Fachschriftenverlag, 6200 Wiesbaden. ISBN 3-807-83031-6

Das Handbuch enthält nicht nur eine komplette Sammlung aller einschlägigen Vorschriften von Bund und Ländern, sondern auch diejenigen internationalen Verträge und Abkommen, die jeder Bearbeiter mit Aufgaben auf dem Gebiet der Zivilverteidigung kennen und zur Hand haben sollte. Die Vielzahl der Vorschriften ist übersichtlich in die drei Aufgabengebiete Zivilschutz, Katastrophenschutz und Zivilverteidigung gegliedert. Für alle auf dem Gebiet der Zivilverteidigung Tätigen ist die Sammlung in den letzten Jahren zum unentbehrlichen Hilfsmittel geworden.

Mit der 52. Nachtragslieferung wurde der bundesrechtliche Teil der Vorschriften auf den Stand vom 1. Februar 1989 gebracht. In den Bundesteil des Handbuchs wurden neu aufgenommen: Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung des BMI und des BMVg vom 10. Januar 1989, Radiologische Grundlagen für Entscheidungen über Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei unfallbedingten Freisetzen von Radionukliden vom 11. Mai 1988, Erlass des BMVg vom 28. Dezember 1987 über den Einsatz von Straßeneinstellen der Bundeswehr, Bautechnische Grundsätze für Bergungsräume von Kulturgut i. d. F. vom Januar 1987, Allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 17 des Verkehrssicherstellungsgesetzes über die Sicherstellung von Güterbeförderungen auf der Straße vom 22. November 1988 und Gesetz über die Erhebung von Meldungen in der Mineralölwirtschaft vom 20. Dezember 1988.